13.04.2018, Frankfurter Rundschau

Mehr Bauland entwickeln

Immobilienverbände fordern das Land auf, bauwillige Kommunen finanziell zu unterstützen

VON CHRISTOPH MANUS

Die von der hessischen Bau- und Immobilienwirtschaft getragene Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“ fordert die künftige Landesregierung auf, ein Ministerium für Bauen, Stadtentwicklung und Infrastruktur zu schaffen. Angesichts von mehr als 500 000 Wohnungen, die nach Prognosen hessenweit bis zum Jahr 2040 entstehen müssen, um den Bedarf zu decken, sei es nötig, die Kompetenzen zu bündeln, eine Wohnungspolitik aus einem Guss zu betreiben, sagte Axel Tausendpfund, Direktor des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft, am Donnerstag im Frankfurter Westend. Schon weil der Mangel an bezahlbarem Wohnraum im Ballungsraum sozialen Sprengstoff berge und wirtschaftlich negative Auswirkungen habe, müsse der Wohnungsbau zur Chefsache werden.

Die künftige Landesregierung sollte zudem die in den vergangenen Jahren von 3,5 auf sechs Prozent erhöhte Grunderwerbssteuer wieder senken, um jungen Familien den Kauf von Wohneigentum zu erleichtern, sagte Gerald Lipka, Sprecher der Initiative Impulse und Geschäftsführer des Landesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen. Andreas Ostermann, Vorsitzender des Bunds Deutscher Baumeister Frankfurt, forderte eine Reduzierung der Baunormen. Die vielen sich teils sogar widersprechenden Vorschriften etwa für die Bereiche Schallschutz und Barrierefreiheit führten zu Kostensteigerungen.

Damit mehr Wohnungen gebaut werden können, müssen die Kommunen nach Ansicht der Bau- und Immobilienverbände deutlich mehr Bauland entwickeln. Allein auf Nachverdichtung zu setzen, reiche nicht aus, sagte Martin Kraushaar, der Hauptgeschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen. Er riet den Kommunen, eine aktive Liegenschaftspolitik zu betreiben, selbst Flächen zu kaufen.

Mitbestimmung reduzieren

Damit die Kommunen trotz des häufigen Widerstands der Bevölkerung gegen Bauprojekte und der oft schlechten Besetzung der Bauämter ihr Wohnbauland auch wirklich entwickeln, sollte das Land nach Ansicht der Initiative Anreize setzen. Es könne etwa frühzeitig Fördermittel für die nötige Infrastruktur im neuen Wohngebiet gewähren, sagte Lipka. Tausendpfund riet gar, die Mitbestimmungsrechte einzuschränken. Nach seiner Ansicht sollte die Möglichkeit, mit Bürgerbegehren gegen die Aufstellung von Bebauungsplänen vorzugehen, abgeschafft oder ausgesetzt werden.

Rainer von Borstel, Hauptgeschäftsführer des Verbands baugewerblicher Unternehmen Hessen, forderte, den Druck auf Kommunen, die kein Bauland entwickeln wollen, zu erhöhen. Zugleich warb er dafür, dass sich das Land vom Ziel, höchstens 2,5 Hektar pro Tag an Fläche zu verbrauchen, verabschiedet.

2018-04-13 Mehr Bauland entwickeln_Frankfurter Rundschau.doc